

Antwort auf Leserbrief:

Die Grundsatzfrage hier ist, welche Verpflichtungen ein Staat seinen Bürgern gegenüber hat. Aus meiner Sicht beruht die Legitimation einer – wie auch immer gearteten Regierung – zu einem nicht unerheblichen Teil darauf, dass sie in der Lage ist, ihre Bürger vor Gefahren aller Art zu schützen. Das gilt grundsätzlich, auch wenn es unbestritten ist, dass Regierungen dieses Schutzbedürfnis zur Herrschaftssicherung ausnutzen.

In Gefahrensituationen kann man seine Entscheidungen nie auf einer gesicherten Datenbasis aufbauen, es muss aus der Unsicherheit heraus gehandelt werden.

Die Statistiken, die tatsächlich zeigen, dass die Infektionszahlen schon vor der Einführung staatlicher Maßnahmen abnahmen, standen erst nachträglich zur Verfügung. Sie können allerdings auch anders interpretiert werden, z.B. dass die sich die Menschen angesichts der bekannten Gefahr schon vor den Maßnahmen anders verhalten haben als sonst. Auch kann man sehen, dass die Zahlen in Deutschland Ende März wieder eine Aufwärtstendenz aufwiesen, die evtl. durch das Wirksamwerden der Maßnahmen gestoppt wurde. Wie ein [Blogger](#) schrieb: ‚There is no glory in prevention‘.

Dass die Zusatztoten eine Folge der Corona-Maßnahmen sind und man sie nicht auf fehlende unzureichende oder verspätete Maßnahmen zurückführen kann, ist eine interessante These. Dafür fehlt momentan jedoch wohl die stützende Datenbasis; es kursierten wohl irgendwo mal Schätzungen. Es erscheint völlig plausibel, dass Schäden entstanden sind; u.a. wird der Termostau im Gesundheitswesen für verschobene Behandlungen sicher erheblich sein – ich hörte z.B. in einem Interview, dass sich die Wartezeiten in England verzehnfacht hätten. Für mich ist diese Situation zu aller erst ein Zeichen dafür, dass unsere Gesundheits- und Wohlfahrtssysteme und die gesellschaftliche Solidarität in einem zu schlechten Zustand sind, um in Notlagen angemessen für die Bürger zu sorgen, gerade dann also, wenn die Staaten diesbezüglich auf die Probe gestellt werden. Deswegen halte ich es in dieser Zeit politisch für vorrangig, vehement für Forderungen zur Verbesserung der genannten Systeme einzutreten, übrigens auch gerade dann, wenn alles nur ein *Hoax* wäre, gemäß der Judo-Taktik, das Gewicht des Gegners dazu auszunutzen, um ihn zu Fall zu bringen.

Wenn die o.a. These stimmen würde, müsste weltweit auch eine Korrelation zwischen staatlich verfügbaren Lockdowns und Zusatztoten bestehen, je mehr Lockdowns je mehr Zusatztote also. Es scheint aber umgekehrt zu sein, nämlich dass in den Staaten, in denen keine, verfehlte oder unzureichende Maßnahmen ergriffen wurden, die Totenzahlen steigen (Brasilien, England, USA, Schweden). Interessant ist diesbezüglich insbesondere auch der [Vergleich zwischen Schweden und den anderen nordischen Ländern](#). Diese Zahlen kann man versuchen wegzudiskutieren, indem man jeweils die besonderen Verhältnisse in den jeweiligen Ländern heranzieht, mir will das – bis jetzt – nicht einleuchten.

Wenn die ergriffenen Maßnahmen überflüssig bzw. sogar schädlich sind, muss man sich zwangsläufig fragen, warum sie trotz der erheblichen wirtschaftlichen Schäden und der ganzen Umstände, die sie bereiten, ergriffen wurden. Es gibt eine Menge Erklärungsansätze: die Staaten wollen den Notstand proben, man brauchte einen Vorwand zur Rettung der Finanzindustrien, die Pharma- und Informationskonzerne haben die Staaten für ihre Interessen vereinnahmt ... Hierzu fehlen mir aber noch die Beweisketten (Motiv-Gelegenheit-Mittel) und manches erscheint sehr unplausibel, z.B. warum gerade Trump und Bolsonaro so zögerlich mit der Umsetzung der Maßnahmen waren, obwohl sie doch zu sehr autoritärem Verhalten aufmüpfigen Bevölkerungsgruppen gegenüber tendieren, wieso es überhaupt eines so starken Vorwandes bedurfte, wo doch in den USA ein parteiübergreifender Kongressbeschluss in Verbindung mit der Betätigung einiger Computertasten zur Rettung der Finanzmärkte reichte, oder wieso die o.a. erwähnten Konzerne es geschafft haben, sich gegen andere Industriezweige, z.B. die Autoindustrie, durchzusetzen. Aber gut, vielleicht lässt sich das ja alles irgendwann schlüssig nachweisen, und ich wäre die letzte, die solche Untersuchungen und eine öffentliche Debatte darüber ablehnen würde.

Bisher erscheint mir jedoch die Datenlage der Lockdown-Kritiker sehr viel unsicherer zu sein, als derjenigen, die staatliche Maßnahmen fordern. Ob und inwiefern diese Maßnahmen an vielen Stellen überzogen oder ungenügend, zu unflexibel oder zu lasch, und insgesamt zu undifferenziert ausgefallen sind, muss untersucht und öffentlich debattiert werden.